

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 27.09.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:41 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern verhindert):

Frau Antonelli-Ngameni	Herr Lehmann
Frau Arning	Frau Lerche
Herr Bach	Frau Maul
Herr Bader	(Herr Mehmeti)
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Frau Mundlos
(Frau Braunschweig)	Frau Ohnesorge
(Herr Disterheft)	Herr Dr. Piest
Herr Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Glogowski	(Herr Pohler)
(Frau Glogowski-Merten)	Frau Saxel
Frau Göring	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Schnepel
Frau Hahn	Frau Schütze
Frau Hillner	Herr Sommerfeld
Frau Ihbe	Herr Stühmeier
(Frau Jalyschko)	Herr Swalve
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Täubert
Frau Johannes	Herr Tegethoff
Herr Jonas	(Frau Viergutz)
(Frau Kaphammel)	Herr Volkmann
Frau Kluth	Frau vom Hofe
Herr Knurr	Frau von Gronefeld
Frau Köhler	Herr Wendt
Herr Köster	Herr Winckler
Herr Kühn	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaudirektor Leuer
Städt. Direktor Dr. Malorny
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Lepa
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.07.2022
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Sachstand Lokale Härtefallfonds in Niedersachsen
Mitteilung der Verwaltung 22-19648
- 4 Anträge
- 4.1 Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 22-18867
- 4.1.1 Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen
Stellungnahme der Verwaltung 22-18867-01
- 4.1.2 Änderungsantrag: Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 22-19627
- 4.2 Sichere Schulwege zur 6. IGS
Antrag der BIBS-Fraktion 22-19102
- 4.2.1 Sichere Schulwege zur 6. IGS
Stellungnahme der Verwaltung 22-19102-02
- 4.2.2 Sichere Schulwege zur 6. IGS - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BIBS 22-19102-04
- 4.3 Einwohnerbefragung zu Stadt.Bahn.Plus
Antrag der FDP-Fraktion 22-19277
- 4.4 "Freundschaftsspiel - 150 Jahre Fußball in Deutschland"
Antrag der Gruppe Direkte Demokraten 22-19292
- 4.5 Lokalen Härtefallfonds einrichten
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 22-19445
- 4.5.1 Änderungsantrag zur Vorlage - 22-19445, Lokalen Härtefallfonds einrichten
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 22-19660
- 4.6 Änderung der Braunschweiger Lärmschutzsatzung
Antrag der AfD-Fraktion 22-19608

5	Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad	22-19581
6	Verleihung des Ehrenbürgerrechts	22-19287
7	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig	22-18678
8	Umbesetzung in Ausschüssen	22-19582
9	Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Braunschweig	22-19573
10	Berufung von einer Stellvertretenden Ortsbrandmeisterin und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis	22-19265
11	Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)	22-19257
12	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19541
12.1	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19541-01
12.2	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19541-02
12.3	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19541-03
12.4	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19541-04
13	Auflösung des Erbbaurechtes über das Grundstück Madamenweg 91 Erbbaurechtsnehmerin: No-Limit GmbH	22-19209
14	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	22-19312
14.1	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	22-19312-01
15	Rahmenkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit in Braunschweig	22-19203
15.1	Rahmenkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit in Braunschweig	22-19203-01

16	Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen; Förderung von Waldkindergarten-gruppen	22-19249
17	Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung	22-19319
17.1	Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung	22-19319-01
17.2	Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung Änderungsantrag zur Vorlage 22-19319-01 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	19319-01-01
18	Rahmenplanung Fördergebiet Bahnstadt - "Wachstum und nachhaltige Erneuerung"	22-19198
18.1	Rahmenplanung Fördergebiet Bahnstadt - "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" (ergänz. Mitteilung) Mitteilung der Verwaltung	22-19198-01
19	Oberbauform für die Gleissanierung Europaplatz bis John-F.-Kennedy-Platz	22-19328
20	Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine - Projektförderung / VfB Rot-Weiß 04 Braunschweig e. V. - Projektförderung "Lebenschancen durch Sport" im Jahr 2022	22-19286
21	Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0)	22-18957
21.1	Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage 22-18957	22-18957-01
21.2	Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) Stellungnahme der Verwaltung	22-18957-02
21.3	Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Gruppe Die FRAKTION. BS und BIBS-Fraktion	22-18957-03
22	Anfragen	
22.1	Public Viewing zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer Anfrage der CDU-Fraktion	22-19607
22.1.1	Public Viewing zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer Stellungnahme der Verwaltung	22-19607-01
22.2	Anfrage Arbeitskräftemangel in der Braunschweiger Stadtverwaltung Anfrage der BIBS-Fraktion	22-19603

22.2.1	Anfrage Arbeitskräftemangel in der Braunschweiger Stadtverwaltung Stellungnahme der Verwaltung	22-19603-01
22.3	Im Südwesten nichts Neues? Was wird aus der beabsichtigten Neuaufgabe des interkommunalen Gewerbegebietes Braunschweig-Salzgitter? Anfrage der AfD-Fraktion	22-19575
22.3.1	Im Südwesten nicht Neues? Was wird aus der beabsichtigten Neuaufgabe des interkommunalen Gewerbegebietes Braunschweig-Salzgitter? Stellungnahme der Verwaltung	22-19575-01
22.4	"Braunschweig - im Wandel der Zeit" - eine Ausstellung im Rathaus und Schloss? Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten	22-19270
22.4.1	"Braunschweig - im Wandel der Zeit" - eine Ausstellung im Rathaus und Schloss? Stellungnahme der Verwaltung	22-19270-01
22.5	Baugebiete in Braunschweig seit 2000 Anfrage der BIBS-Fraktion	22-19606
22.5.1	Baugebiete in Braunschweig seit 2000 Stellungnahme der Verwaltung	22-19606-01
22.6	Anfrage Sachstandsbericht zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Braunschweig Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten	22-19588
22.6.1	Anfrage Sachstandsbericht zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	22-19588-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- | | |
|--------------|--|
| Zu TOP 3.: | Sachstand Lokale Härtefallfonds in Niedersachsen:
Mitteilung 22-19648 |
| Zu TOP 4.1.: | Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen:
Änderungsantrag 22-19627 |
| Zu TOP 4.5.: | Lokalen Härtefallfonds einrichten:
Änderungsantrag 22-19660 |
| Zu TOP 12.: | Haushaltsvollzug 2022, hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG:
Ergänzungsvorlage 22-19541-04 |
| Zu TOP 17.: | Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung:
Änderungsantrag 19319-01-01 |
| Zu TOP 18.: | Rahmenplanung Fördergebiet Bahnstadt - „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“:
Mitteilung 22-19198-01 |
| Zu TOP 21.: | Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0):
Änderungsantrag 22-18957-03 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 23 bis 27 zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehen sind. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:14 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.07.2022

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 05.07.2022 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Sachstand Lokale Härtefallfonds in Niedersachsen 22-19648 Mitteilung der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf den zu dieser Thematik weiterhin vorliegenden Antrag 22-19445 -Lokalen Härtefallfonds einrichten- unter Tagesordnungspunkt 4.5 hin und teilt mit Bezug auf die Beratungen im Ältestenrat mit, dass bei der Behandlung dieses Antrags auf die Mitteilung 22-19648 zurückgegriffen werden kann.

Ergebnis:

Die Mitteilung 22-19648 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

- | | |
|--|--------------------|
| 4.1. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 22-18867 |
| 4.1.1. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen
Stellungnahme der Verwaltung | 22-18867-01 |
| 4.1.2. Änderungsantrag: Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 22-19627 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Antrag 22-18867 durch den Änderungsantrag 22-19627 ersetzt wird und die Stellungnahme 22-18867-01 vorliegt. Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag 22-19627 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 22-19627 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19627:

Der Rat möge beschließen:

Die Vertreter:innen der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der **Braunschweiger Verkehrs-GmbH Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH** werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweiger Verkehrs GmbH anzuweisen, die folgenden Schritte vorzunehmen: Die zeitliche Einschränkung der Nutzung des „BS-Mobil-Tickets“ wird aufgehoben. Das „BS-Mobil-Ticket-Plus“ wird eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

bei sechs Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18867-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|---|--------------------|
| 4.2. Sichere Schulwege zur 6. IGS
Antrag der BIBS-Fraktion | 22-19102 |
| 4.2.1. Sichere Schulwege zur 6. IGS
Stellungnahme der Verwaltung | 22-19102-02 |
| 4.2.2. Sichere Schulwege zur 6. IGS - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BIBS | 22-19102-04 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Antrag 22-19102 durch den interfraktionellen Änderungsantrag 22-19102-04 ersetzt wird und die Stellungnahme 22-19102-02 vorliegt. Ratsfrau Arning bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 22-19102-04 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 22-19102-04 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19102-04:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Schulausschuss über die geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Erreichbarkeit der 6. IGS Bericht zu erstatten. Hierbei sollen folgende Aspekte betrachtet werden:

1. sichere Schulwege für Schüler:innen auf dem Rad und zu Fuß;
2. die Anbindung des ÖPNV;
3. Möglichkeiten einer Minimierung oder Kanalisierung des Verkehrs durch "Elterntaxis";
4. Einrichtung von Fahrradabstellanlagen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ergebnis:
Die Stellungnahme 22-19102-02 wird zur Kenntnis genommen.

**4.3. Einwohnerbefragung zu Stadt.Bahn.Plus
Antrag der FDP-Fraktion**

22-19277

Ratsherr Möller bringt den Antrag 22-19277 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag 22-19277 zur Abstimmung.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum geplanten Stadtbahnausbau („Stadt.Bahn.Plus“) eine Einwohnerbefragung nach § 35 NKomVG durchzuführen. Als Abstimmungsgegenstand wird dabei das *Zielnetz 2030* mit seinen 6 Einzelkorridoren in ihrer Gesamtheit als das Ergebnis der Voruntersuchung der Standardisierten Bewertung vorgelegt. Die genaue Fragestellung wird vorab den politischen Gremien zum Beschluss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:
bei sechs Fürstimmen abgelehnt

**4.4. "Freundschaftsspiel - 150 Jahre Fußball in Deutschland"
Antrag der Gruppe Direkte Demokraten**

22-19292

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt den Antrag 22-19292 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:
Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für ein Themenjahr zum 150jährigen Jubiläum des ersten Fußballspiels in Deutschland zu erstellen und dies dem Stadtrat bis Mitte 2023 zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
bei zwei Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

**4.5. Lokalen Härtefallfonds einrichten
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS**

22-19445

**4.5.1. Änderungsantrag zur Vorlage - 22-19445, Lokalen Härtefallfonds
einrichten
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS**

22-19660

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Antrag 22-19445 durch den Änderungsantrag 22-19660 ersetzt wird und zu dieser Thematik ferner die Mitteilung 22-19648 - Sachstand Lokale Härtefallfonds in Niedersachsen- unter Tagesordnungspunkt 3.1 vorliegt. Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag 22-19660 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 22-19660 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19660:

BS Energy wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Stadt Braunschweig, dem Mieterverein Braunschweig und weiteren lokalen Akteuren zeitnah einen **Vorentwurf für einen Härtefallfonds** zur Abwendung von Strom- und Gassperren einzurichten **zu erstellen und dem Rat zur Kenntnis zu geben**. Zur Finanzierung dieses Fonds sollen insbesondere auch die von der niedersächsischen Landesregierung angekündigten Mittel genutzt werden.

Weiter wird die Verwaltung gebeten, den ersten Entwurf zur Ausgestaltung und Umsetzung der lokalen Härtefallfonds in Niedersachsen dem Rat zur Kenntnis zu geben und an der Stellungnahme der Stadt Braunschweig zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

bei sieben Fürstimmen abgelehnt

**4.6. Änderung der Braunschweiger Lärmschutzsatzung
Antrag der AfD-Fraktion****22-19608**

Ratsherr Wirtz bringt den Antrag 22-19608 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag 22-19608 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die "Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm" erhält in § 4 (1) die folgende Formulierung:

Ruhezeiten sind:

- | | |
|--------------------------------|-------------------------------------|
| a) Sonn- und Feiertage | ganztägig (Sonn- und Feiertagsruhe) |
| b) an Werktagen die Zeiten von | 13:00 bis 15:00 Uhr (Mittagsruhe) |
| | 22:00 bis 07:00 Uhr (Nachtruhe) |

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Fürstimmen abgelehnt

**5. Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers
Schacht Konrad****22-19581**

Oberbürgermeister Dr. Kornblum bringt die Vorlage 22-19581 ein und wirbt für eine breite Unterstützung des Appells der Region. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19581 abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig unterstützt den folgenden Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad:

„Nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik scheidet für uns Schacht Konrad als Lagerstätte für Atommüll aus! Denn der Schacht ist ein ehemaliges Gewinnungsbergwerk, liegt in einer wasserführenden Schicht und ist nicht-rückholbar konzipiert. Zu Konrad wurden keine Standortalternativen für die Entsorgung des sogenannten schwach- und mittelradioaktiven Abfalls geprüft. Schacht Konrad wäre nach den heutigen Anforderungen an die sichere Lagerung von radioaktiven Abfällen für eine Million Jahre nicht mehr genehmigungsfähig.

Im Mai 2021 haben die Umweltverbände BUND und NABU gemeinsam mit dem Bündnis „Salzgitter gegen Schacht KONRAD“ einen Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses eingereicht. Vorausgeschaltet war das Gegenvotum der Stadt Salzgitter zurendlagerung im Schacht Konrad. Trotzdem wird das alte Eisenerzbergwerk weiter zu einem Atommülllager ausgebaut und bis 2027 sollen weitere Milliarden Euro dafür ausgegeben werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Region von der Landesregierung:

- Die Region in ihrer Ablehnung eines Atommüllendlagers in der Schachtanlage Konrad in Salzgitter zu unterstützen.
- Den Antrag von BUND, NABU transparent, zügig und schneller als angekündigt zu bearbeiten und zu entscheiden.
- Bei der Atomaufsichtsbehörde des Bundes die Forderung nach einem sofortigen Baustopp zu unterstützen, um im laufenden Antragsverfahren keine weiteren Tatsachen zu schaffen.
- Gegenüber der Bundesregierung Missfallen darüber auszudrücken, dass die zuständige Umweltministerin Lemke nicht zu Gesprächen mit dem Bündnis in Salzgitter bereit ist.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Region von der Bundesregierung:

- Alle schwach- und mittelradioaktiven bzw. nicht oder nur schwach wärmeentwickelnde Abfälle in das Standortauswahlverfahren für hochradioaktiven Atommüll einzubeziehen oder umgehend ein getrenntes, aber inhaltlich ähnliches Standortauswahlverfahren für schwach- und mittelradioaktive bzw. nicht oder nur schwach wärmeentwickelnde Abfälle zu beginnen.
- Die Arbeiten in Schacht Konrad zu stoppen und die für den weiteren Ausbau vorgesehenen finanziellen Mittel für eine transparente und partizipative Standortsuche auch für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle zu verwenden.
- Die Berücksichtigung einer Option der Rückholbarkeit sämtlichen zu lagernden Atommülls.
- Umgehend die Bundesumweltministerin nach Salzgitter zu entsenden, um sich mit den Positionen des Bündnisses „Salzgitter gegen Konrad“ und der Stadt Salzgitter auseinanderzusetzen und für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen.

Aus der Befürchtung heraus, bei einer Neubewertung Schacht Konrad als Endlager aufgeben zu müssen und aufgrund jahrzehntelanger Versäumnisse in der Atommüllentsorgungspolitik mit leeren Händen dazustehen, wird an dem Atommüllprojekt festgehalten. Das können wir nicht hinnehmen. Wir sehen uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter der Region in der Verantwortung vor den nachfolgenden Generationen, die nach heutigem Wissen bestmögliche Lösung für die Lagerung der strahlenden Abfälle über eine Million Jahre zu suchen, statt an einem völlig veralteten Projekt festzuhalten, nur weil es vor 20 Jahren genehmigt wurde.

Vor diesen Hintergründen bleiben wir auch bei unserer generellen Ablehnung der Endlagerung von Atommüll in der Schachtanlage Konrad und bekennen uns zu einem regional abgestimmten Vorgehen.

Wir werden unsere Einwohnerinnen und Einwohner aktuell über den Stand des Verfahrens unterrichten. Von den in der Region gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten wird nachdrücklich erwartet, die vorab genannten Forderungen aktiv zu unterstützen, damit wir gemeinsam Schaden von unserer Region abwenden. Zudem werden die Hauptverwaltungsbeamten aufgefordert, in ihren Gremien der kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund ebenfalls für diese Forderungen einzutreten."

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

6. Verleihung des Ehrenbürgerrechts

22-19287

Oberbürgermeister Dr. Kornblum bringt die Vorlage 22-19287 ein und begründet seinen Vorschlag zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19287 abstimmen.

Beschluss:

Frau Renate Wagner-Redding wird in Würdigung ihrer besonderen Verdienste um die Stadt Braunschweig das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig

22-18678

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 22-18678 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Art. I Buchstabe A der als Anlage 1 beigefügten Zwölften Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig (§ 18 „Sitzungsteilnahme und Anhörung per Videokonferenztechnik“) wird beschlossen.
2. Art. I Buchstaben B und C der als Anlage 1 beigefügten Zwölften Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig (insbesondere § 19 „Livestream im Internet“) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

8. Umbesetzung in Ausschüssen

22-19582

Beschluss:

Anstelle von Ratsherrn Felix Bach wird Ratsfrau Cristina Antonelli-Ngameni als Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsandt.

Ratsherr Felix Bach (bisher Ausschussmitglied) wird anstelle von Ratsherrn Gordon Schnepe als Stellvertreter im Ausschuss für Soziales und Gesundheit benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Braunschweig

22-19573

Beschluss:

Anstelle von Frau Ratsfrau Rabea Göring wird Frau Bürgermeisterin Cristina Antonelli-Ngameni als Vertreterin der Stadt Braunschweig im Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Braunschweig bestellt.

Anstelle von Frau Bürgermeisterin Cristina Antonelli-Ngameni wird Herr Ratsherr Helge Böttcher als stellvertretender Vertreter der Stadt Braunschweig im Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Braunschweig bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. **Berufung von einer Stellvertretenden Ortsbrandmeisterin und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis**

22-19265

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Harxbüttel	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Hermann, Martin
2	Timmerlah	Stellvertretende Ortsbrandmeisterin	Menzel, Julia

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. **Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)**

22-19257

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Sechzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. **Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

22-19541

- 12.1. **Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

22-19541-01

- 12.2. **Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

22-19541-02

- 12.3. **Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

22-19541-03

- 12.4. **Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG**

22-19541-04

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu der Vorlage 22-19541 vorliegenden Ergänzungsvorlagen 22-19541-01, 22-19541-02, 22-19541-03 und 22-19541-04 hin. Er erläutert, dass der Verwaltungsausschuss getrennt über die Vorlagen 22-19541, 22-19541-01, 22-19541-02 und 22-19541-03 abgestimmt und jeweils deren Annahme empfohlen hat sowie die Vorlage 22-19541-04 zur Kenntnis genommen hat.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Ratsherr Sommerfeld ebenfalls die getrennte Abstimmung über die einzelnen Vorlagen und fragt nach der Beantwortung der offenen Fragestellungen zur Grundschule Broitzem aus den Vorberatungen. Die Beantwortung erfolgt

durch Stadtrat Herlitschke.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt jeweils einzeln über die Vorlage 22-19541 sowie die Ergänzungsvorlagen 22-19541-01, 22-19541-02 und 22-19541-03 abstimmen und stellt zur Ergänzungsvorlage 22-19541-04 fest, dass diese zur Kenntnis genommen wird.

Beschluss zu Vorlage 22-19541:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei vier Enthaltungen beschlossen

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19541-01:

Den in der Ergänzungsvorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß §§ 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19541-02:

Den in der Vorlage aufgeführten über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19541-03:

Den in der Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß §§ 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ergebnis zu Ergänzungsvorlage 22-19541-04:

Die ergänzenden Informationen zur Beschlussvorlage 22-19541 werden zur Kenntnis genommen.

13. Auflösung des Erbbaurechtes über das Grundstück Madamenweg 91

22-19209

Erbbaurechtsnehmerin: No-Limit GmbH

Beschluss:

Der Erbbaurechtsvertrag über das Grundstück Madamenweg 91 mit der No-Limit GmbH wird vorzeitig mit Ablauf des 30.11.2022 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	22-19312
14.1. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	22-19312-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu der Vorlage 22-19312 vorliegende Ergänzungsvorlage 22-19312-01 hin und lässt sodann über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-19312-01 abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19312-01:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen in der Fassung der 1. Ergänzung Nr. 22-19312-01 aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

15. Rahmenkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit in Braunschweig	22-19203
15.1. Rahmenkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit in Braunschweig	22-19203-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 22-19203 die Ergänzungsvorlage 22-19203-01 vorliegt, und stellt im Anschluss an die Aussprache die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-19203-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19203-01:

Dem vorliegenden Rahmenkonzept für Offene Kinder- und Jugendarbeit wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

16. Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen; Förderung von Waldkindergartengruppen	22-19249
--	-----------------

Beschluss:

1. Förderungsgrundlagen

Für Waldkindertengruppen werden folgende Festlegungen getroffen:

1.1. Im Rahmen der Förderung von Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen werden nachstehende Angebote institutionalisiert:

- Mittel 1 (5 Stunden) Waldkindergarten Freier Träger
- Mittel 2 (6 Stunden) Waldkindergarten Freier Träger
- Mittel 1 (5 Stunden) Waldkindergarten Eltern-Kind-Gruppe
- Mittel 2 (6 Stunden) Waldkindergarten Eltern-Kind-Gruppe

1.2. Bereits von der Stadt Braunschweig geförderte sowie zukünftig im Rahmen der Bedarfsplanung vorgesehene Waldkindertengruppen erhalten die gruppenbezogene Förderung für die stundenmäßig korrespondierende Angebotsform einer Regelgruppe eines freien Trägers mit Miete bzw. einer Eltern-Kind-Gruppe nach dem Pauschalierten Aufwandsmodell (PAM) gem. Ratsbeschluss vom 21. Dezember 2004 zur Förderung von Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen in der aktuellsten Fassung.

1.3. Die Grundsätze zur Förderung von Waldkindertengruppen finden gemäß der beigefügten Anlage 1 zu diesem Ratsbeschluss Anwendung.

2. Die Förderungsgrundlagen treten rückwirkend zum 1. August 2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17. Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung	22-19319
17.1. Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung	22-19319-01
17.2. Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Analyse des Bedarfs, Möglichkeiten der Umsetzung und Vorschläge zur Priorisierung	19319-01-01
Änderungsantrag zur Vorlage 22-19319-01	
Änderungsantrag der CDU-Fraktion	

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu der Vorlage 22-19319 vorliegende Ergänzungsvorlage 22-19319-01 und den Änderungsantrag 19319-01-01 hin. Ratsherr Wendt bringt den Änderungsantrag 19319-01-01 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 19319-01-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Anschließend stellt er die Vorlage 22-19319 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-19319-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 19319-01-01:

Der Einrichtung von zunächst 3 Nachbarschaftszentren, wie in den Anlagen „Bewertung und Prioritätenlisten“ und „Finanzbedarf“ der Vorlage 22-19319-01 vorgeschlagen, wird zugestimmt. Die Einrichtung eines Gemeinschaftshauses der Südstadt wird zurückgestellt und die Verwaltung wird zunächst aufgefordert, mit den lokalen Akteuren (bspw. Bürgergemeinschaft Südstadt und Nachbarschaftshilfe Südost) Gespräche über deren Einbindung in ein Nachbarschaftszentrum zu führen.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19319-01:

Der Einrichtung von zunächst 4 Nachbarschaftszentren, wie in den Anlagen „Bewertung und Prioritätenlisten“ und „Finanzbedarf“ vorgeschlagen, wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Interessenbekundungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 16:32 Uhr bis 16:58 Uhr für eine Pause.

Nach der Pause findet in der Zeit von 16:59 Uhr bis 17:12 Uhr die Einwohnerfragestunde unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Kluth statt.

Anschließend übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.

- | | |
|--|--------------------|
| 18. Rahmenplanung Fördergebiet Bahnstadt - "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" | 22-19198 |
| 18.1. Rahmenplanung Fördergebiet Bahnstadt - "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" (ergänz. Mitteilung) | 22-19198-01 |
| Mitteilung der Verwaltung | |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 22-19198 die Mitteilung 22-19198-01 vorliegt. Im Rahmen der Aussprache gibt Ratsfrau Mundlos die anliegende Stellungnahme zu Protokoll. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19198 abstimmen.

Beschluss:

Der Rahmenplanung zum Fördergebiet Bahnstadt - "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" inklusive näherem Verflechtungsraum (300 ha) - entsprechend der Anlagen 1 - 6 wird als Orientierungsrahmen zugestimmt. Die Finanzierung der Maßnahmen im Fördergebiet erfolgt unter Berücksichtigung der Beschlüsse des integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK). Zur Finanzierung der darüberhinausgehenden Maßnahmen wird auf Basis der aktuellen Haushaltsslage ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Mitteilung 22-19198-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|---|-----------------|
| 19. Oberbauform für die Gleisanierung Europaplatz bis John-F.- Kennedy-Platz | 22-19328 |
|---|-----------------|

Beschluss:

Für die Sanierung der Gleisanlagen zwischen dem Europaplatz und dem John-F.- Kennedy-Platz wird die Gleisoberbauform Rasengleis beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 20. Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine - Projektförderung / VfB Rot-Weiß 04 Braunschweig e. V.- Projektförderung "Lebenschancen durch Sport" im Jahr 2022 | 22-19286 |
|--|-----------------|

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 22-19286 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem VfB Rot-Weiß 04 Braunschweig e. V. wird abweichend von der Ziffer 3.9 Absatz 5 der Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig für die Durchführung seines Projekts „Lebenschancen durch Sport“ im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 ein weiterer städtischer Zuschuss in Höhe von bis zu 41.000,00 € auf Basis des beantragten Gesamtzuschusses (82.000,00 €) im Rahmen einer Vollfinanzierung gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

21. Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0)	22-18957
21.1. Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0)	22-18957-01
Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage 22-18957	
21.2. Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0)	22-18957-02
Stellungnahme der Verwaltung	
21.3. Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) - Änderungsantrag	22-18957-03
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜ-NEN, Gruppe Die FRAKTION. BS und BIBS-Fraktion	

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 22-18957 der Änderungsantrag 22-18957-01, zu diesem die Stellungnahme 22-18957-02 sowie weiterhin der interfraktionelle Änderungsantrag 22-18957-03 vorliegen.

Stadtrat Herlitschke bringt die Vorlage 22-18957 ein. Ratsfrau von Gronefeld bringt den Änderungsantrag 22-18957-01 ein und begründet diesen. Ratsherr Schnepel bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 22-18957-03 ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zuerst über den Änderungsantrag 22-18957-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach lässt er über den Änderungsantrag 22-18957-03 abstimmen und stellt fest, dass dieser angenommen wird. Anschließend stellt er die Vorlage 22-18957 ergänzt um den Beschlusstext des Änderungsantrags 22-18957-03 in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-18957-01:

Das als Anlage 1 an die Ursprungsvorlage (DS.-Nr. 22-18957) beigefügte Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) wird unter der Maßgabe beschlossen, dass die enthaltenen Berechnungen nachträglich realistisch aufgearbeitet werden, ggf. unter Hinterlegung eines zeitlich gestreckten Alternativplans. Dabei sind besonders folgende Punkte zu beachten:

Anpassung des IKSK 2.0. an die Anforderungen des Niedersächsischen Klimagesetzes vom 28.06.2022

Dies beinhaltet u. a.:

- Erstellung des Gebäude-Energieberichtes erstmalig für das Jahr 2022 (Veröffentlichung in 2023) gem. § 17 KlimaG,
- Vorbereitung der kartierten Wärmeplanung auf der Grundlage einer systematischen und qualifizierten Datenerhebung mit zähler- oder gebäudescharfen Angaben zu Art, Umfang und Standorten des Energie- oder Brennstoffverbrauches usw. gem. §§ 20, 21 KlimaG neue Fassung,
- Anpassung der klimagerechten Bauleitplanung hinsichtlich der neuen Vorgaben für die Mindestfläche an Photovoltaik auf Dächern und Parkplätzen gem. § 32 a NBauO neue Fassung,
- Vorbereitung des Entsiegelungskatasters gem. § 19 KlimaG neue Fassung (vgl. Pos. 2.5 des Maßnahmenkatalogs - Anpassungsstrategie) sowie
- Festlegung eines Zwischenziels in Form der Reduktion von THG-Emissionen in Bezug zur Anfangsbilanz gem. § 18 I Nr. 3 KlimaG neue Fassung und nicht nur die Mitteilung, wieviel Prozent an Maßnahmen umgesetzt sein soll (vgl. Pos. 1.8. des Maßnahmenkatalogs - Monitoring und Controlling der Klimaschutzaktivitäten).

E-Mobilität

Eine realistische Berechnung der bis 2030 zu erwartenden Anzahl von Elektrofahrzeugen auf der Basis konkreter Zulassungszahlen und der daraus abgeleiteten Prognosen und nicht auf der Basis der rein rechnerisch ermittelten erforderlichen Einsparung an Energie um die Hälfte, damit das Ziel von Treibhausgasneutralität in 2030 erreicht werden kann. (vgl. S. 53)

Eine realistische Berechnung der für diese zu erwartende Anzahl von E-Autos erforderlichen

Ladepunkten. Hierbei wird auf die aktuelle Ausschreibung zur Konzessionsvergabe von neuen Ladepunkten verwiesen, in der von einer durchschnittlich höheren erforderlichen Anzahl von Ladepunkten ausgegangen wird, weil Braunschweig mehr Geschosswohnungsfläche hat. Daher ist von mehr Ladevorgängen im öffentlichen Raum auszugehen (vgl. 4.4 Handlungsfeld Mobilität und Verkehr).

Photovoltaik

Eine realistische Berechnung des zu erwartenden Zubaus an Photovoltaik auf der Basis der im IKS 2.0. enthaltenen Berechnung, dass nur 5 % der in Braunschweig verbrauchten Energie zur Zeit aus erneuerbaren Energien stammt, während es deutschlandweit bereits 40 % sind und deutschlandweit von einer Vervierfachung des Zubaus von Photovoltaik bis 2035 ausgegangen wird und nicht von einer Verzweunddreißigfachung bis 2030 (vgl. 4.3 Handlungsfeld Energieversorgung).

Regionalität

Beachtung der regionalen Entwicklungen mit Auswirkung auf die Stadt Braunschweig (insb. Ergänzung des Regionalen Raumordnungsprogramms in Bezug auf Windkraft).

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zu Änderungsantrag 22-18957-03:

Das als Anlage 1 der Ursprungsvorlage (DS 22-18957) beigefügte Klimaschutzkonzept 2.0 (IKS 2.0) wird unter der Maßgabe beschlossen, dass folgende Aspekte durch die Verwaltung berücksichtigt werden:

1. Im Jahr 2023 wird eine intensive Evaluation der Anfangsphase des IKS 2.0 vorgenommen.
2. Für die bessere Nachverfolgbarkeit der Zielerreichung wird den Ratsgremien einmal jährlich eine Evaluation vorgelegt und halbjährlich ein Kompaktbericht erstellt.
3. Im Jahr 2025 wird ein Zwischenbericht inklusive der bisher erfolgten Zielerreichung erstellt. Gleichzeitig sind Vorschläge zu unterbreiten, wie die Zielerreichung bis 2030 sektorweise sichergestellt werden kann. Diese werden dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen

Beschluss zu Vorlage 22-18957 (geändert, ergänzt um den Änderungsantrag 22-18957-03):

Das als Anlage 1 der Ursprungsvorlage (DS 22-18957) beigefügte Klimaschutzkonzept 2.0 (IKS 2.0) wird unter der Maßgabe beschlossen, dass folgende Aspekte durch die Verwaltung berücksichtigt werden:

1. Im Jahr 2023 wird eine intensive Evaluation der Anfangsphase des IKS 2.0 vorgenommen.
2. Für die bessere Nachverfolgbarkeit der Zielerreichung wird den Ratsgremien einmal jährlich eine Evaluation vorgelegt und halbjährlich ein Kompaktbericht erstellt.
3. Im Jahr 2025 wird ein Zwischenbericht inklusive der bisher erfolgten Zielerreichung erstellt. Gleichzeitig sind Vorschläge zu unterbreiten, wie die Zielerreichung bis 2030 sektorweise sichergestellt werden kann. Diese werden dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18957-02 wird zur Kenntnis genommen.

22. Anfragen

Die Beratung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 19:20 Uhr bis 19:37 Uhr.

22.1. Public Viewing zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 22-19607
Anfrage der CDU-Fraktion

22.1.1. Public Viewing zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 22-19607-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 22-19607 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 22-19607-01).

22.2. Anfrage Arbeitskräftemangel in der Braunschweiger Stadtverwaltung 22-19603
Anfrage der BIBS-Fraktion

22.2.1. Anfrage Arbeitskräftemangel in der Braunschweiger Stadtverwaltung 22-19603-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 22-19603 erfolgt durch Stadtrat Dr. Pollmann (Stellungnahme 22-19603-01). Eine Nachfrage wird beantwortet.

22.3. Im Südwesten nichts Neues? Was wird aus der beabsichtigten Neuauflage des interkommunalen Gewerbegebietes Braunschweig-Salzgitter? 22-19575
Anfrage der AfD-Fraktion

22.3.1. Im Südwesten nichts Neues? Was wird aus der beabsichtigten Neuauflage des interkommunalen Gewerbegebietes Braunschweig-Salzgitter? 22-19575-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 22-19575 erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 22-19575-01).

- 22.4. "Braunschweig - im Wandel der Zeit" - eine Ausstellung im Rathaus und Schloss?** **Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten** **22-19270**
- 22.4.1."Braunschweig - im Wandel der Zeit" - eine Ausstellung im Rathaus und Schloss?** **Stellungnahme der Verwaltung** **22-19270-01**

Ergebnis:

Die Anfrage 22-19270 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 22-19270-01).

- 22.5. Baugebiete in Braunschweig seit 2000** **22-19606**
Anfrage der BIBS-Fraktion
- 22.5.1.Baugebiete in Braunschweig seit 2000** **22-19606-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 22-19606 erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 22-19606-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

- 22.6. Anfrage Sachstandsbericht zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Braunschweig** **22-19588**
Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten
- 22.6.1.Anfrage Sachstandsbericht zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Braunschweig** **22-19588-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 22-19588 wird schriftlich beantwortet (Stellungnahme 22-19588-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin

Protokollnotiz der CDU-Fraktion
zum Rahmenplan Fördergebiet Bahnstadt
(DS.-Nr. 22-19198)

Wir begrüßen nach wie vor und ausdrücklich, dass das Gebiet der Bahnstadt mit einer Gesamtfläche von rund 300 Hektar (Fördergebiet inklusive des näheren Verflechtungsraumes) neu gedacht und überplant wird. Das Ziel, einen deutlich erkennbaren Stadtteil mit eigenständiger Identität zu entwickeln und dabei Brachflächen ebenso zu betrachten wie bestehende Nutzungen, begrüßen wir ebenso – nicht nur mit Blick auf die neu entstehende Wohnbebauung, sondern gerade auch mit einem besonderen Augenmerk auf die für die Entwicklung unserer Stadt so wichtige Gewerbenutzung.

In den Vorstellungen und Diskussionen der vergangenen Wochen sind jedoch einige, für die Mitglieder der CDU-Fraktion existenzielle, Punkte nicht ausreichend beziehungsweise gar nicht angesprochen worden. Dies soll mit der hier vorliegenden Protokollnotiz nachgeholt werden:

- Wir erwarten ein Quartiersmanagement unter Einbindung der Wirtschaftsförderung, um die Quartiersentwicklung über den Bebauungsplan hinaus zu unterstützen. Andere Städte haben eigene Entwicklungsgesellschaft geschaffen, um nach Fertigstellung des Bebauungsplans die Entwicklung attraktiver Nutzungen sicherzustellen.
- Wir erwarten, dass die Verdrängung von Bestandsunternehmen vermieden wird. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der vielen Gewerbeflächen im Plangebiet, auf die diese ausweichen könnten. Dies kann beispielsweise durch mehrgeschossigen Gewerbebau erreicht werden.
- Wir erwarten ein Energiekonzept. Energiekonzepte sind sowohl vom technischen Fortschritt als auch vom gesellschaftlichen Wandel beeinflusst.
- Wir erwarten, dass Wirtschaftsverkehre weiter möglich bleiben, um die Unternehmen gut zu versorgen und um Warenflüsse darstellen zu können. Die vorhandenen Untersuchungen zur Erreichbarkeit der Innenstadt für Logistikfahrten können hierbei eine Grundlage sein.
- Wir erwarten angemessene Angebote für Handwerker: Die meisten der angebotenen Flächen sind solche zur Miete. Handwerker suchen in der Regel aber Flächen zum Erwerb, denn diese bieten mehr Planungssicherheit als ein fünf- bis 10jähriger Mietvertrag.
- Wir erwarten eine stärkere Berücksichtigung der urbanen Produktion inklusive einer klaren Definition des Begriffs und der Etablierung von eindeutigen Kriterien. Was bedeutet der Begriff genau?

Uns ist bewusst, dass der aktuelle Rahmenplan noch sehr abstrakt ist. Andererseits steht zu erwarten, dass bei den weiteren Bearbeitungsschritten bis zum Bebauungsplan stets auf diesen Rahmen Bezug genommen wird. Dies dürfte insbesondere dann erfolgen, wenn Kritik geäußert wird. Daher wählen wir den Weg dieser Protokollnotiz.